Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Ihr Ansprechpartner
Jens Jungmann

Durchwahl
Telefon +49 351 564 80600
Telefax +49 351 564 80680

presse@smwa.sachsen.de*

26.11.2026

Sachsen drückt beim Industriestrompreis aufs Tempo

Amtschefskonferenz der Wirtschaftsministerien in Berlin – Staatssekretär Scheel: »Stahl- und Chemieindustrie brauchen verlässliche Perspektiven«

Die Stahl- und die Chemiebranche gehören zu den Grundstoffindustrien und haben zentrale Bedeutung für viele nachgeschaltete Wertschöpfungsketten und die Transformation der Wirtschaft. Hohe Energiepreise, komplexe Genehmigungsprozesse und unfaire Handelspraktiken benachteiligen sie aber im internationalen Wettbewerb. Auf der Amtschefskonferenz der Länder-Wirtschaftsministerien hat Sachsen zwei Beschlussvorschläge unterstützt, die schnelle und wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beider Branchen fordern.

Sebastian Scheel, Staatssekretär und Amtschef im sächsischen Wirtschaftsministerium, betonte in Berlin: »Stahl und Chemikalien bilden das Fundament fast aller modernen Wertschöpfungsketten. Ohne sie sind viele Produkte – vom Windrad über das Elektroauto bis hin zu Medikamenten – nicht denkbar. Sie sichern unseren Wohlstand, die Innovations- und Handlungsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland. Deshalb setzen wir uns nachdrücklich für Entlastungen und bessere Rahmenbedingungen ein, um diese wichtigen Industriezweige in Deutschland zu halten. Der Schlüssel dafür sind international wettbewerbsfähige Energiepreise sowie praxistaugliche Regelungen und weniger Bürokratie.«

Weiterentwicklung des Handlungskonzepts Stahl

Sachsen ist mit seinen Elektrostahl- und Walzwerken schon jetzt Vorreiter für eine emissionsarme Stahlproduktion. Um diese Position ausbauen zu können, sind sächsische Werke sowohl auf die Versorgungssicherheit mit kohlenstoffarmen Energien als auch auf international wettbewerbsfähige und stabile Energiepreise angewiesen.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Zu erreichen ab Bahnhof Dresden-Neustadt mit den Straßenbahnlinien 3 und 9, ab Dresden-Hauptbahnhof mit den Linien 3, 7 und 8. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Der verabschiedete Beschluss zur Weiterentwicklung des Handlungskonzepts Stahl knüpft an das beim Nationalen Stahlgipfel am 16. November 2026 vorgestellte Positionspapier der Stahlallianz an, das auch Sachsen unterzeichnet hat. Die Amtschefskonferenz (ACK) begrüßt, dass die Europäische Kommission die deutsche Beihilferegelung für einen Industriestrompreis genehmigt hat und bittet nun die Bundesregierung, einen verlässlichen Industriestrompreis mit einem Richtwert von 5 Cent/kWh einzuführen. Zudem soll der Bund die CO2-Strompreiskompensation über 2030 hinaus verlängern und die Kumulierung von Strompreiskumulation und Industriestrompreis auch mittelfristig zulassen. Darüber hinaus fordert die ACK die Ausweitung des Schutzes vor Produktionsverlagerungen in Länder mit geringen Umweltauflagen (»Carbon Leakage«) und wirksame Leitmärkte für emissionsarmen Stahl, etwa durch gezielte Berücksichtigung von emissionsarmem Stahl bei öffentlichen Baumaßnahmen.

Die sächsische Stahl- und Metallindustrie – von der Stahl- und Metallherstellung bis hin zur Verarbeitung – hat 2025 ca. 44.400 Beschäftigte in 582 Unternehmen umfasst und einen Jahresumsatz von 11 Milliarden Euro (ca. 13 Prozent des verarbeitenden Gewerbes) erwirtschaftet. 2019 ist Sachsen der Allianz der Stahlländer, einem Zusammenschluss von elf Bundesländern mit ausgeprägter Stahlindustrie, beigetreten.

Zukunft der Chemieindustrie und der Chemikalienverwendung sichern

Sachsen leistet als zweitgrößter Chemiearbeitgeber Ostdeutschlands mit seinen insgesamt 65 Unternehmen und ca. 8.000 Beschäftigten einen wichtigen Beitrag zur Resilienz Deutschlands und Europas. Von der Strukturkrise in der chemischen Industrie ist auch der Freistaat betroffen, wie die voranschreitende Cracker-Schließung in Böhlen und der Stellenabbau in Nünchritz zeigen. Gleichzeitig steigen der Kostendruck und Aufwand für die hiesigen Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Daher unterstützt das sächsische Wirtschaftsministerium die Aufforderung der ACK an die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für bürokratiearme Verfahren und hinreichend differenzierende, praktikable Anforderungen einzusetzen und wirksam gegen Dumping und illegale oder unfaire Handelspraktiken sowie Carbon-Leakage vorzugehen. Weitere Forderungen betreffen die Erreichung wettbewerbsfähiger Energiepreise und einen bürokratiearmen Vollzug des Industriestrompreises.

Scheel: »Wir brauchen für die deutsche Chemieindustrie einen Paradigmenwechsel sowie schnelle und spürbare Entlastungen! Wie für die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2027 haben auch für uns Maßnahmen Priorität, die eine starke und innovative Chemieindustrie sichern. Der Bund muss jetzt für Klarheit sorgen, wie chemische Produktionsanlagen, das erforderliche Fachwissen und die Innovationsfähigkeit in Deutschland und der EU gehalten werden können. Chemikalien-Regulierung muss sich auf das wirklich Erforderliche fokussieren, Raum für einen sicheren Umgang mit unverzichtbaren Chemikalien und für Innovationen lassen und unseren Unternehmen Planungssicherheit geben.«

Hintergrund: Wirtschaftsminister-/Amtschefskonferenz

Die Konferenz der Amtschefs/Amtschefinnen der Wirtschaftsressorts der Länder (ACK) leistet wichtige Vorarbeiten für die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK). Die WMK ist ein wichtiges Instrument der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der Länder untereinander und mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Neben dem gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch bietet sie ein Podium, gemeinsame politische Forderungen länder- und parteiübergreifend beim Bund oder der EU-Kommission zu adressieren.

Links:
Wirtschaftsministerkonferenz